

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Ruperberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 175

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Freitag, den 28. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
80 Pfg., auswärts 1 M., im Kleinformat 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Beforgung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die kürzliche Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission verlangte die Herabsetzung der Monatszahlungen von zwei Millionen Pfund auf 500 000 Pfund Sterling.

* Die Wahrscheinlichkeit wächst, daß der Verfassungskonflikt zwischen dem Reich und Bayern einer Entscheidung des Reichsgerichts unterbreitet wird.

* Die Ausfuhrsperrung nach Polen ist im Verlauf der deutsch-polnischen Vorverhandlungen bereits endgültig aufgehoben worden.

* Der preussische Justizminister Am Zehnhoff traf in Weuthen ein, um die Verhandlungen wegen der Errichtung eines Oberlandesgerichts für Oberschlesien in Weuthen zu führen.

* Der Hamburger Schiffahrtsstreik ist auf Grund einer Einigung zwischen den streikenden Parteien beigelegt worden.

* Die Reparationskommission soll die Beantwortung des deutschen Moratoriumsgesuches bis nach Schluß der Londoner Konferenz aufgeschoben haben.

* In Tiflis ist der ehemalige türkische Marineminister Djemal Pascha mit seinen beiden Adjutanten von Armeniern erschossen worden.

Ausgleich mit Bayern?

Über die Situation im Konflikt des Reiches mit Bayern wird uns unter dem 26. Juli aus Berlin geschrieben:

Die Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten hat auch für die Reichsregierung minnende die Lage so weit geklärt, daß sie unverzüglich zu bestimmten Entschlüssen kommen können. Die Reichsminister sind vollständig veranlagt; Herr Brüder ist aus dem Harz, Herr Geßler aus Bayern zurückgekehrt, und das auch vom Reichsjustizminister Dr. Mollbruch eingeforderte Gutachten über die von Bayern aufgeworfenen Rechtsfragen dürfte zur Stelle sein.

Daß diese Rechtsfragen zunächst in den Vordergrund gerückt werden, ist sicherlich von Vorteil, denn sie bedürfen, wie die Dinge liegen, diesmal keiner umständlichen Überlegung. Die Reichsverfassung ist gerade in den Sägen des Artikels 48 über die Notwendigkeit und die Zulässigkeit von Ausnahmeverordnungen im Reich und in den Ländern so unmissverständlich, daß geschulte Juristen wirklich keiner langen Prüfungszeit bedürfen, um zu einem ebenso einwandfreien wie endgültigen Urteil zu gelangen. Aus diesem Grunde könnte man es nur dankbar begrüßen, wenn die Reichsregierung sich zunächst auf den Weg beschränken wollte, der in dieser Richtung allein rasch und gründlich Klarheit zu schaffen vermag. Sie braucht dazu nur die Entscheidung des dazu bestimmten Reichsgerichtes anzufragen, um, wie man hoffen darf, schon in wenigen Wochen diese Rechtsfragen in vorbildlicher Weise entschieden zu sehen.

Wird dieser Weg gewählt und führt er zu dem hier vorausgesetzten Ziel, dann bliebe für Bayern nur noch die Wahl, auf Rechtsgründe für sein Verhalten zu verzichten und sich lediglich auf den politischen Machtpunkt zurückzuführen — oder sich der Entscheidung des Reichsgerichts zu unterwerfen. Man darf hoffen, daß in München nur die zweite Möglichkeit in Frage kommen wird. Man darf aber auch der Meinung Ausdruck geben, daß es notwendig sein wird, der bayerischen Regierung und dem bayerischen Landtag einen solchen Entschluß zu erleichtern. Das kann vielleicht geschehen, wenn ihnen in sachlicher Beziehung über den Rahmen hinaus, der in den Schutzgesetzen gegen den bayerischen Widerstand festgestellt wurde, noch nachträglich Zugeständnisse gemacht werden, welche wieder die Autorität der Reichsregierung noch die Unantastbarkeit des Reichsgedankens gefährden. Man muß von beiden Seiten versuchen, den bisher nicht entdeckten Weg der Verständigung zu finden, wobei selbstverständlich kein Teil als Sieger, keiner als Besiegter aus dem Widerstreit der Interessen hervorgehen braucht. Formen und Fassungen für ein solches Kompromiß werden sich bieten, wenn man ernsthaft nach ihnen sucht. Es steht für Berlin wie für München viel zu viel auf dem Spiele, als daß man sich die harte Mühe dieses Sühnens und Findens verdrängen lassen dürfte.

Vertrauensvotum für Lerchenfeld.

Die Erklärungen im bayerischen Landtag.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat es bei der jetzigen gespannten Lage wünschenswert gefunden, sich die Zustimmung des bayerischen Landtages oder wenigstens der Mehrheit dieses Parlamentes zu sichern. An der Sitzung nahm das gesamte Ministerium teil, das Haus war stark besucht, die Tribünen überfüllt.

Gegen das Vertrauensvotum stimmten die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, die Kommunisten und die Demokraten. Zwei Pfäler, die sonst zu der Deutschen Volkspartei zählen, enthielten sich der Abstimmung. Die übrigen Parteien, d. h. die Bayerische Volkspartei, die Bayerische Mittelpartei und der Bauernbund, stimmten für die Regierung.

Die Rede Lerchenfelds.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld gab eine längere Erklärung ab. Die Freizität an Dr. Rathenau habe das deutsche Volk in eine schwere Krise gestürzt. Die bayerische Regierung sei von Anfang an gewillt gewesen, dem Reich zu geben, was zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staatsform notwendig ist. Leider sei aber die Politik der mittleren Linie in Berlin nicht eingehalten worden. Einzelne Parteien hätten die Gelegenheit kommen sehen, ihre Ziele zu verwirklichen, daher seien die Gesetze zu weit nach links ausgeschlagen, hätten einen Ausnahmecharakter bekommen und seien über die Verfassungsrechte der Länder hinweggeschritten. Bayern habe alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft. Es sei mit seinen Zugeständnissen bis an die äußerste Grenze gegangen. Der Staatsgerichtshof bilde einen nicht beabsichtigten Einriss in die Justizhoheit der

Länder. Eine Gefahr schlimmster Art bilde das Beamtengezet, und das Reichsstrafgesetzbuch lege die Art an die Polizeihochheit der Länder. Das sei auch eine Folge der Verdrängung der politischen Atmosphäre gegen Bayern. Die bayerische Regierung erblicke in dem Eingriff in ihre Justiz und Polizeihochheit eine Vergewaltigung Bayerns, die mit dem Sinne der Reichsverfassung im Widerspruch stehe. Bayern betrachte den Kampf gegen diese Gesetze mit der Annahme im Reichstag nicht für erledigt. Die verzweifelte Stimmung weiterer Kreise des bayerischen Volkes sei auf die Besorgnis zurückzuführen, daß die bayerische Staatlichkeit Stück um Stück verloren gehe und Bayern zur Provinz herabgedrückt werden wird. Die trostlose Lage des Reiches hätte die Reichsregierung veranlassen müssen, alles zu vermeiden, was Zwiespalt erzeuge. Insofern trifft sie schwere Verantwortung. Die bayerische Regierung habe einen Weg eingeschlagen, um Rückschlüsse gegen Ruhe und Ordnung im Lande zu vermeiden. Die Regierung werde den verfassungsmäßigen Schutz energisch durchführen. Der Ministerpräsident warnte die Sozialdemokraten davor, die Platzfrage aufzurollen und eruchte schließlich um eine Entscheidung des Hauses, ob es gewillt sei, die Regierung zu unterstützen.

Erklärungen der Parteien.

Die Bayerische Volkspartei (Zentrum) stellte sich durch den Kraftsvortragenden Held hinter die Regierungserklärung und sprach dem Kabinett Verchenfeld „ihre Vertrauen und ihren Dank für die mannhafte Tat“ aus.

Die Mehrheitssozialisten erklärten durch ihren Kraftsvortragenden Timm die bayerische Verordnung für einen Treubruch am Reich und für eine Verfassungsverletzung, die ohne Beispiel in der Geschichte sei. Das Wort habe jetzt Reichsregierung, Reichstag und Reichspräsident.

Die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) sagte durch ihren Vorführenden Hilbert der bayerischen Regierung ihre Unterstützung zu.

Die Erklärung der Unabhängigen Sozialdemokratie trug deren Redner Niesch zwei Ordnungsruufe ein. Niesch nannte das Vorgehen der bayerischen Regierung einen unerbittlichen, nackten Verfassungsverbruch, mit dem sie den Weg des Reichshochverrats beschritten habe.

Namens der Demokratie wies ihr Vorführender Dirre nochmals auf ihre Bemühungen zur Abwendung der Sondergesetze hin. Nachdem sie nun aber einmal Reichsgesetz geworden seien, könne die demokratische Fraktion das jehige Vorgehen der bayerischen Regierung nicht billigen, sondern erachte es für verfassungswidrig.

Der Bauernbund (Stadefele) billigte die Haltung der bayerischen Regierung.

Amode (Kommunist) warf ihr Bruch der Weimarer Verfassung vor, was Präsident Königsbauer zurückwies.

Für die beiden der Deutschen Volkspartei angehörenden pfälzischen Abgeordneten beklagte es Abg. Burger, daß mit der Verordnung zum erstenmal ein Unterschied zwischen Bayern und der Pfalz gemacht werde. Sie würden deshalb sich der Stimme enthalten.

Der Fall Leoprechting.

In der Mittagsitzung des bayerischen Landtages lagen zwei Interpellationen vor wegen des bekannten Falles Leoprechting. In der Begründung für die Bayerische Volkspartei legte der Abgeordnete Graf Westa 1033a den Nachdruck auf die Beziehung des Reichsgeandten Graf Zech zu Leoprechting, während der Vertreter der Mittelpartei, der frühere Justizminister Roth, mehr gegen den französischen Geandten Dard als gegen Zech voring und die Abberufung des französischen Geandten verlangte.

Ministerpräsident Lerchenfeld legte dar, der gegen den Freiherrn Hubert Leoprechting durchgeführte Hochverratsprozeß habe dargetan, daß Leoprechting im Solde einer fremden Macht die Trennung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands betrieben habe. Er hat seine Pläne dadurch gefördert, daß er gleichzeitig in Berlin durch mehr als fünfzehn Monate unter der Maske des Reichsfreundes Bayern und seine Regierung verdrängt hat, als beginnliche sie Bestrebungen zur Loslösung vom Deutschen Reich und zur gewaltsamen Änderung der Staatsform. Leoprechting war nicht nur bestrebt, diesen Verdracht zu fien, sondern er hatte auch den Plan gefaßt, die heimliche Überwachung Bayerns durch Berliner Stellen herbeizuführen, um das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich zu trüben. Was die Verbindung des Leoprechting mit dem französischen Geandten anbelangt, so sei es nicht üblich, die Personen fremder Geandten in die Debatte zu ziehen. Graf Lerchenfeld versichert in dieser Beziehung, daß er bei der Reichsregierung die nötigen Schritte getan habe. Es ist ferner richtig, daß von seiten der französischen Regierung Schritte beim Auswärtigen Amt und bei der Regierung wegen der gerichtlichen Behandlung des Falles Leoprechting unternommen worden sind. Graf Lerchenfeld bestätigte, daß die bayerische Regierung der Reichsregierung nahegelegt habe, den Berliner Geandten Grafen Zech von München abzurufen, wobei dessen persönliche Ehrenhaftigkeit nicht berührt werde. Der Ministerpräsident erörterte eingehend verschiedene Einzelheiten aus dem Wirken des Leoprechtings und verwies noch besonders darauf, daß der preussische Staatskommissar Weismann für den Nachrichtendienst Leoprechtings monatlich 2500 Mark bezahlt habe.

In der folgenden Debatte kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Sozialisten und den Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, die von der Linken beizigt wurden, daß sie eben unter allen Umständen den Reichsgeandten Grafen Zech aus München entfernt haben wollten.

Der Münchener Stadtrat für das Reich.

Der Münchener Stadtrat nahm einen Dringlichkeitsantrag der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten an, in dem die Stellungnahme der bayerischen Regierung gegenüber dem vom Reichstag und Reichsrat beschlossenen Gesetzen zum Schutze der Republik bedauert und verurteilt wird. Durch diese Stellungnahme würden ernste Gefahren in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hervorgerufen, die den schwer erschütterten Volkskörper auf neue gefährden und in ihren Folgen die Reichseinheit bedrohen. Der Stadtrat erwartet von der bayerischen Regierung, daß sie ihre verhängnisvollen Beschlüsse umgehend zurücknimmt.

Aufmerksamkeit in Paris.

Die Spannung zwischen den Regierungen des Reiches und Bayerns wird in Paris mit unverhöllener Genauigkeit begriffen. Die Pariser Blätter veröffentlichen ausführliche Meldungen darüber. Das „Echo de Paris“ schreibt, der französische Geandte in München, Dard, habe in seinen Berichten fortgesetzt betont, daß der Patriotismus in Bayern über den Partikularismus triumphiere und mit

der Möglichkeit einer Trennung Bayerns vom Reich nicht zu rechnen sei. Die französischen Patrioten würden sich natürlich freuen, wenn eine Spaltung in Deutschland einträte. Leider sei der Haß gegen die Franzosen in München vielleicht noch größer als die Abneigung gegen Preußen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Bei einer in Elberfeld abgehaltenen volksparteiischen Veranstaltung äußerte sich Abg. Dr. Stresemann, nachdem er erneut erklärt hatte, daß die Deutsche Volkspartei auf jeden Fall positive Arbeit auf dem Boden der hertigen Staatsform leisten wolle, über das Verhältnis zu den Deutschnationalen, es werde so lange getrübt bleiben, bis die Deutschnationale Volkspartei ihre Reihen gesäubert habe und den alten Grundsatz: „Opposition auf jeden Fall“ aufgegeben habe.

Rein Kommunistenterror in Pommern.

Eine kleine Anfrage der Abg. Schulz-Neußlin und Genossen über angebliche Überfälle usw. auf Güter und Bauerndörfer in der Provinz Pommern durch Kommunisten beantwortet der preussische Minister des Innern wie folgt: „Es liegt kein Beweismaterial dafür vor, daß den zahlreichen Bränden und Überfällen in der Provinz Pommern ein planmäßiges Vorgehen von kommunistischer Seite zugrunde liegt. Die Darstellung der kommunistischen Brandstifterbande ist durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht bestätigt worden. Die Aussagen des in Schwibbertberg i. Medbg. festgenommenen jugendlichen Landstreichers können als beweiskräftig nicht angesehen werden, da die Ermittlungen ergeben haben, daß er ein lügenhafter und schwachsinziger Mensch ist. Nach dem Ermittlungsergebnis unterliegt es keinem Zweifel, daß er mit den Bränden nicht in Verbindung steht. Für Verstärkung des polizeilichen Schutzes in den gefährdeten Kreisen der Provinz Pommern ist gesorgt.“

Schutzgesetz für das Memelland.

Die Memellande haben ein Gesetz zur Verhütung von Beunruhigung der Bevölkerung angenommen. Die Verordnung richtet sich gegen die großkaltantische Propaganda, die in persönlicher Beunruhigung gegen im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten ihre Hauptaufgabe sieht. Zeitschriften und Zeitungen, die beleidigende und unwahre Äußerungen über Mitglieder der Behörden enthalten, können unter Vorzensur gestellt oder auf Zeit verboten werden, im Wiederholungsfalle kann das Verbot dauernd sein.

Stimmes über den Mord an Rathenau.

In einer Versammlung des Deutschen Demokratischen Parteienschausses Hamburgs erklärte Abgeordneter Dr. Petersen, eine Verstärkung der Koalition nur nach links sein innen- und außenpolitisch nicht erträglich. Bei der Deutschen Volkspartei sei eine Schwänkung zur Politik der Mitte festzustellen. So habe sich in erster Linie die Schwerindustrie Rheinlands und Westfalens für die Republik erklärt. Stimmes sagte nach dem Mord an Rathenau, daß die Mordluge, die Rathenau traf, auch die Monarchie endgültig getötet habe. Einer Regierung von Stresemann bis Crispian, hinter der der größte Teil des deutschen Volkes und auch ein Teil des deutschen Kapitals steht, werde das Ausland in der Anleihefrage viel mehr Vertrauen entgegenbringen.

Staat und Arbeiterräte.

Der preussische Minister des Innern hat die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten um Mitteilung ersucht, ob sie zurzeit als Vertreter des Fiskus Rechtsstreitigkeiten zu führen haben, in denen der Fiskus für Schäden haftbar gemacht wird, die durch Handlungen der Arbeiter- und Soldatenräte entstanden sind. In solchen Fällen sollen die Verwaltungsbehörden dem Minister genauere Mitteilung über die Art der erhobenen Ansprüche mit der Begründung und über den gegenwärtigen Stand der Prozesse machen. Einstweilen betont der Minister allgemein, daß gegen jedes, dem Fiskus verurteilende Erkenntnis Rechtsmittel einzulegen sind, sofern nicht ausdrücklich eine entgegengesetzte Weisung ergeht.

Deutsch-Osterreich.

X Lösungsbestrebungen der Alpenländer. In der Sitzung der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Innsbruck wurde von einem Kammermitglied die Mitteilung gemacht, es seien Verhandlungen zur Selbständigkeitsklärung Tirols und Vorarlbergs im Gange, geführt von privater Seite und entstanden durch die Ausichtslosigkeit des Anschlusses an Deutschland. Auch an eine Gefundung Österreichs glaube niemand mehr.

Großbritannien.

X Internationaler Friedenskongress. In London wurde in Anwesenheit von 500 Delegierten, die 20 Nationen vertreten, der 22. Internationale Friedenskongress eröffnet. S. A. L. Fisher, der Vertreter der britischen Regierung, erklärte in einer Rede, das Hauptziel der britischen Politik sei die Erhaltung des Friedens. Es liege nicht im Interesse der Zivilisation, daß die Welt in zwei Lager, in das der Sieger und das der Besiegten, geteilt sei. Die britische Regierung habe den Wunsch, daß Deutschland in diesem Jahre um seine Zulassung zum Völkerbund nachsuche. Es sei höchste Zeit, daß ein wirklicher Fortschritt auf dem Wege des internationalen guten Willens gemacht werde. Die Welt müsse von der Last der Rüstungen befreit werden, damit mindestens während einer Generation ein neuer großer Krieg unmöglich sei.

Italien.

Das Deutsche Eigentum in Italien. Das Abkommen über das deutsche Eigentum ist unterzeichnet worden auf Grund der Ermächtigung des Ministerrats und vorbehaltlich der Genehmigung des neuen Ministeriums. Die Abzugssumme beträgt 800 Millionen Papierlire in Ratenzahlungen. Gegebenenfalls werden zur Deckung der Kosten die Eigentümer herangezogen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der aussichtsreichste Kandidat für den Volschifterposten in Moskau ist zurzeit der frühere Reichsminister des Äußern Graf Brockdorff-Rantzau. Seine Ernennung dürfte in den nächsten Tagen erfolgen.

Berlin. An die Stelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Heinrich Nieke (Soz.) tritt Frau Elise Bartels, Gildesheim, in den Reichstag ein.

Köln. Die den rheinischen Föderalismus vertretende Christliche Volkspartei hat ihren Reichstagsabgeordneten Dr. Deermann aus der Partei ausgeschloffen und ihm das Recht entzogen, künftighin als Abgeordneter aufzutreten.

Paris. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid (U. Soz.) ist eingetroffen. Er wird am Jahrestage der Ermordung von Saurès bei einer Gedenkfeier das Wort ergreifen.

London. Wie die Blätter melden, wurden in Syrien nach Befehl der Volschifter des französischen Mandats durch den Volschifterbund 34 französische Soldaten, darunter zwei Offiziere, getötet.

Warschau. Ab 1. August tritt der erhöhte Varentarif auf den polnischen Eisenbahnen in Kraft. Blättermeldungen zufolge beabsichtigt das Eisenbahnministerium, auch die Varentarife ab 1. August zu erhöhen.

Rom. Der Versuch Boninis, ein neues Kabinett zu bilden, ist gescheitert.

Newyork. Die Eisenbahnen wurden unter behördliche Kontrolle gestellt. Nach einer anderen Meldung hat Harding eine Kommission ernannt, die die Verteilung der verfügbaren Kohlenvorräte überwachen soll.

Berlin. An Stelle des verstorbenen Reichsministers Dr. Rathenau hat die Reichsregierung den Professor Dr. Ludwig Heyde, Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reform, als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats einberufen.

München. Professor van Celler hat die an ihn ergangene Berufung an den Staatsgerichtshof abgelehnt.

Belgrad. Die jugoslawisch-ungarische Grenzregulierungskommission hat ihre Arbeiten unterbrochen, weil die Ungarn verlangten, daß einige Dörfer, die Jugoslawien zufallen sollten, sofort an Ungarn abgetreten werden.

Deutschlands Verhandlungen mit Polen.

Das vorläufige Abkommen.

Die deutsch-polnischen Vorbesprechungen in Warschau haben zur Unterzeichnung eines Protokolls geführt. Aus dem Inhalt ist hervorzuheben:

Deutschland und Polen haben sich über ein Programm für die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen geeinigt. In Betracht kommen zunächst die Liquidation des deutschen Eigentums in Polen, die Behandlung der Ansiedler, die gegenseitigen Forderungen und Entschädigungen usw., Regelung der Militär- und Zivilpensionen und zahlreiche andere Fragen.

Bei der Ausfuhr wird Deutschland künftig Polen ebenso behandeln wie andere Länder und auch die Preise für die nach Polen auszuführenden Waren nach denselben Regeln fixieren, die andern Ländern mit niedrigem Wechselkurs gegenüber angewandt werden.

Deutschland wird davon absehen, von den Pferden, die es gemäß dem Wiesbadener Abkommen vom 3. Juni 1921 an Polen liefert, diejenigen Pferde zurückzubehalten, die Polen den aus Polen abwandernden Optanten abgenommen hat. Dafür wird die Frage, ob Polen ein Recht hatte, die Optanten-Pferde zurückzubehalten, bei den deutsch-polnischen Verhandlungen von der juristischen Kommission entschieden werden, und zwar mit rückwirkender Kraft.

Polen erklärt sich bereit, die Durchfuhr deutscher Waren nach Rußland und der Ukraine durch sein Gebiet zu gestatten.

Polen wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um das Bromberger Abkommen, auf Grund dessen Polen eine Anzahl Schiffe an Deutschland zurückzugeben und bestimmte Zahlungen zu leisten hatte, völlig durchzuführen.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

59

(Nachdruck verboten)

Sie stand auf dem Balkon von Cäcilien Schläfzimmer. Rosen und Jasmin dufteten von den Blumenbeeten süß zu ihr empor. Ihr wurde schwer ums Herz. Tränen füllten ihre Augen. Mit Behmut nahm sie die Schönheit in sich auf, die vor ihr lag — das sanfte Grün des Rasens mit den leuchtendfarbigen Blumenbeeten, überglänzt von den Strahlen der Nachmittagssonne. Das liebliche Bild würde sie wohl vermissen. Lengefeld war ihr eine gar liebe Heimat geworden.

Einen letzten Gang wollte sie noch durch den Park machen. Und auf ihrem Wege zog es sie unwiderstehlich nach dem kleinen Weiher, den sie bisher ängstlich gemieden.

Sonnenstrahlen zitterten über ihn hin. Ueber das Schilf am Ufer schwebten Libellen mit ihren glänzenden, durchsichtigen Flügeln. Ruhig, unbewegt, lag er da, ein Bild des Friedens — nicht, als ob er tödlich das Glück einer Familie zerstört, zwei junge, hoffnungsvolle Menschenleben vernichtet!

Die Erinnerung war übermächtig. Lore warf sich auf die Bank, die am Ufer stand, umklammerte deren Lehne, legte ihr Gesicht darauf, und unaufhaltsam flossen ihre Tränen. Sie hatte sich ja immer und immer beherrschen müssen, und darum war es ihr jetzt fast Wohlthat, daß diese Stunde ihr gehörte.

Das Scheiden wurde ihr doch schwer, wenn sie auch mehr Leid als Freude in dem knappen Jahr erlebt hatte, das sie in der Allwörden'schen Familie zugebracht. Sie fühlte eine ihr selbst unerklärliche Zuneigung zu dem Grafen Ottokar — den felsamen Wunsch, in töchterlicher Liebe sein verhärmtes Gesicht zu streicheln, seine Hände zu küssen.

Und Graf Rüdiger — ihr Herz bebt, wenn er mit ihr sprach, wenn seine klugen, grauen Augen dabei aufleuchteten und einen so warmen, zärtlichen Ausdruck annahmen. Ihn würde sie nun nie mehr sehen — das dankte sie das schwerste von allem. Unablässig klang es durch ihre Seele — es ist der letzte Tag — —

Deutsch-russische Geschäftsbeziehungen.

DA Petersburg, Ende Juli.

Wie unlängst berichtet, war von den Petersburger wirtschaftlichen Organisationen eine Kommission nach Berlin entsandt worden. Der Zweck dieser Reise war die Herstellung näherer Beziehungen zu der offiziellen Handelsvertretung der Sowjetregierung, sodann das Studium der größten Industrie-, Handels- und Finanzunternehmungen Deutschlands und endlich die Prüfung der Möglichkeiten, durch Bildung gemischter Aktiengesellschaften das deutsche Kapital heranzuziehen. Außerdem hatte die Kommission den Auftrag, notwendige Materialien für den Wiederaufbau der Petersburger Industrie und der Stadt selbst auf Kredit einzukaufen. In Deutschland begegnete die Kommission lebhaftem Interesse für die Wiederherstellung des Petersburger Hafens, seine Ausstattung mit mächtigen Kränen, mit Schienengeleisen, mit modernen Anlagen und ausreichenden Speichergebäuden. Die weiteren Verhandlungen hierüber werden in Petersburg geführt werden. Es ist der Kommission gelungen, die Wiederherstellung des regelmäßigen Dampferverkehrs zwischen Stettin und Petersburg durch die Neue Dampferkompanie in Stettin zu erwirken, die hierfür drei Dampfer in Dienst gestellt hat. Der Vorsitzende des Nordwestlichen Industriebureaus, der der Kommission angehörte, berichtet, daß die deutschen Industriellen auch großes Interesse für die Petersburger Industrieunternehmungen gezeigt hätten, sich aber natürlicherweise erst nach persönlicher Einsichtnahme in Petersburg zu bindenden Abmachungen entschließen würden. Mit dem größten deutschen Schwerindustrie-konzern wurden Verhandlungen gepflogen zwecks Bildung einer gemischten Ein- und Ausfuhr-Gesellschaft. Der betreffende Konzern schlug vor, nach Rußland Maschinen usw. einzuführen, als Kaimesse sollten verschiedene Rohstoffe nach Deutschland gesandt werden, die als Sicherung dienen und deren Verkauf die Schuld an den Konzern decken würde. Hervorzuheben ist auch, daß der Volkswirtschaftsrat an die Gründung einer deutsch-russischen Handelskammer zu schreiten beabsichtigt.

Entdeckung einer Geheimorganisation

Altona, 26. Juli.

Wie der Polizeipräsident von Altona mitteilt, gelang der Altonaer Polizei vor etwa 14 Tagen die Aufdeckung einer Geheimorganisation. Bis jetzt sind zwei Personen verhaftet worden. Die Akten sind durch den Oberstaatsanwalt in Altona dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik übergeben worden.

Den Beamten der Altonaer Fremdenpolizei war aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hafen Arbeit zu nehmen. Sie gaben an, auf Veranlassung eines Mittmeisters haben nach Altona gekommen zu sein. Die Russen sind inzwischen ausgewiesen worden. Mittmeister haben war im Vorkriegs-Adjutant des Fürsten Wladimir-Vermond, mit dem er freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Er entsprach mit der Unterbringung der Russen in hiesiger Arbeitsstellen einem Wunsche des Fürsten.

Neben unterhält und leitet eine Geheimorganisation namens „Nächende Hand“, die aus früheren Angehörigen seines Freikorps besteht. Der Polizeibericht veröffentlicht die Statuten dieses Vereins, in denen u. a. gesagt ist, es sei die Hauptaufgabe des Vereins, die deutsche Republik zu stürzen und eine Monarchie zu errichten. Neben war am Kapp-Putsch aktiv beteiligt und gehörte dann der Brigade Ehrhardt an. Er entfloh nach Ungarn, lebte nach der Amnestierung zurück und war dann zunächst in der Orgesch, hierauf im oberschlesischen Grenzschutz tätig.

Ende des Schiffsahrtstreiks.

Hamburg, 26. Juli.

Die Verhandlungen über den Schiffsahrtstreik führten heute früh vier Uhr im Arbeitsamt zu einem vorläufigen Abschluß des Ausstandes. Zwischen den Parteien wurden außer der Lohnregelung folgende Bedingungen vereinbart:

Alle Strafanträge, die aus Anlaß des Streiks gestellt wurden, müssen zurückgezogen werden. Maßregelungen finden nicht statt. Gemäßregelte sind wieder einzustellen. Aber einige noch übrigbleibende Punkte des eingezeichneten Entwurfs eines Manteltarifs soll im Anschluß an die jetzigen Verhandlungen ein Einverständnis bis spätestens 14 Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit erzielt werden.

Der, an den sie dachte, stand plötzlich vor ihr; sie hatte ihn in ihrer schmerzlichen Verunsicherung nicht kommen hören.

„Warum weinen Sie, Fräulein Lore?“ Klang seine tiefe, gütige Stimme an ihr Ohr. Erschrocken fuhr sie zusammen und suchte ihr tränenüberströmtes Antlitz vor ihm zu verbergen. Da setzte er sich neben sie und sagte nach ihrer Hand.

„Weinen Sie nicht, Lore. Sie haben keine Veranlassung dazu — Sie nicht.“

„Es überkam mich — hier, wo —“ Sie verstummte. „Hier ist auch kein richtiger Platz für Sie zum Verweilen. Ich dachte es mir, Sie hier zu finden.“ Auf ihren erstaunten, fragenden Blick sagte er: „Ja, ich habe Sie gesucht, Lore, weil ich Ihnen danken wollte. Oder werden Sie auch meinen Dank verschmähen? Sie sind ja so stolz.“

Sie neigte tief den dunklen Kopf. Mit einem heißen Blick umfaßte er die geliebte Gestalt, die so rührend in dem schwarzen Gewand ansah.

„Ich habe nichts, was ich Ihnen anbieten könnte —“ und dabei dachte er unwillkürlich: nur mein Herz und meine Hand — aber sein wägender Verstand ließ eine solche Voreiligkeit doch nicht zu. Der Legationsrat Graf von Allwörden — und eine schlichte Erzieherin — das war eine Unmöglichkeit. Er war sich dessen vollständig klar, selbst in den Stunden, in denen seine Sehnsucht gebieterisch nach dem schönen Mädchen verlangte.

Er mußte darüber hinwegkommen. Lore Berger war ihm ein schöner, unerfüllter Traum!

„So stolz sind Sie?“ wiederholte er leise. „Herr Graf, bitte, nichts davon! Trüben auch Sie mir doch die Erinnerung nicht an das, was ich Offi in seinen letzten Wochen sein durfte! — Diesem Bewußtsein kommt nichts gleich, und es ist mir Belohnung genug.“ sagte sie mit schmerzbebenender Stimme.

„Ja, wie eine Mutter, wie eine ältere Schwester waren Sie ihm! Für solche Aufopferung gibt es keine Belohnung. — Wir Allwörden's müssen ewig in Ihrer Schuld bleiben.“ Er schloß einen Augenblick und sah sinnend vor sich nieder. „Und was gedenken Sie nun zu tun?“

Ergibt die Reichsstatistik, daß der August-Jahres 300 Punkte über den Juli-Jahres hinausgeht, so haben die Parteien innerhalb von 8 Tagen nach Herausgabe der Indexziffern neue Verhandlungen über die Lohnhöhe einzuleiten. Die Parteien verpflichten sich, in ihren Organisationen für die Annahme der Vereinbarungen einzutreten und dafür zu sorgen, daß die Aufnahme der Arbeit in allen Seehäfen bis spätestens 28. Juli morgens erfolgt.

Der Mord an Djemal Pascha.

Armenier die Täter?

Wieder ist ein türkischer Pascha, der während des Krieges ein Freund Deutschlands war, ermordet worden: Djemal Pascha, der ehemalige Oberkommandant der türkischen Armee in Syrien. Er wurde in Tiflis, wo er sich vorübergehend aufhielt, mit einem seiner zwei Adjutanten auf der Straße erschossen. Man darf wohl sicher annehmen, daß, wie im Falle Teitirian-Dalaat, armenische Terroristen („Mächer“) die Tat begangen haben.

Djemal Pascha, einer der Hauptträger der „deutschen Orientierung“ der Türkei im Weltkrieg, war türkischer Marineminister, später Oberkommandierender der vier türkischen Armeen, die in Syrien und Palästina operierten. Er galt als einer der Hauptschuldigen an den Armenerverfolgungen und Armenienniederlassungen der Kriegszeit, hat sich aber gegen diese Anklage sehr energisch zur Wehr gesetzt und ihre Richtigkeit in einer Denkschrift entschieden bestritten. Nach der Niederlage der Zentralmächte wurde Djemal zuerst in Malta von den Engländern verhaftet, dann freigelassen und begab sich ebenso wie Enver und Talaat nach Berlin. In dem bekannten, auf Betreiben und unter Aufsicht der Entente injizierten Prozeß in Konstantinopel wurden die drei in ihrer Abwesenheit zum Tode verurteilt. Aber Sowjetrußland gelangte Djemal dann nach Afghanistan und stand in der letzten Zeit an der Spitze der afghanischen Armee. Seine Idee war eine Vereinigung der Mächte des Islams. Djemal Pascha stammte aus Bagdad und war noch nicht ganz fünfzig Jahre alt.

Totales und Provinzielles.

Salver, den 28. Juli 1922.

Kinderschwandische Maßnahmen des Reichsverkehrsministeriums. Der Reichsverkehrsminister legt Wert darauf, daß die Beförderung erholungsbedürftiger Kinder sich in glattester Weise vollzieht. Er hat deshalb Anweisung gegeben, daß den Kindertransporten, gleichviel, ob es sich um deutsche Kinder, die nach dem Auslande gehen, um ausländische Kinder, deren Eltern in Deutschland wohnen oder die in Deutschland verpflegt werden, oder um Kinder fremder Staaten handelt, die Deutschland im Durchlauf berühren, besondere Sorgfalt und Aufmerksamkeit zugewandt wird. Es sollen dafür nur bequeme und für den Zweck besonders geeignete Wagen verwendet werden, die sich in durchaus einwandfreiem Zustande befinden. Für die Sammlung der Kinder auf den Ausgangsbahnhöfen sowie für das Umsteigen auf Unterwegsbahnhöfen werden, soweit erforderlich, geeignete Mäule zur Verfügung gestellt, auch soll bei der Unterbringung und beim Umsteigen, soweit dies ohne besondere Kosten irgend angängig ist, wirksame Unterstützung geleistet und den Führern und Helfern zur Hand gegangen werden.

Personenstandsunterlagen aus Polnisch-Posen. Das Ministerium des ehemals preussischen Teilgebiets in Polen hat die polnischen Standesämter angewiesen, den Anträgen von in Deutschland wohnenden Privatpersonen auf Anfertigung von Personenstandsunterlagen unmittelbar stattzugeben. Diesen Anträgen an die polnischen Standesämter sind für Gebühr und Portokosten mittels Einschreibebriefes 10 deutsche Reichsmark oder 150 polnische Mark für eine Urkunde beizufügen. Gesuche, denen diese Gebühr nicht beiliegt, können infolge der hohen Portokosten von den polnischen Standesämtern nicht erledigt werden. Anträge von deutschen Behörden und Ämtern auf Ausfertigung von Personenstandsunterlagen sind, wie bisher, an das deutsche Konsulat, Abteilung Urkunden, in Posen zu richten.

Eine wichtige Entscheidung für Jäger hat kürzlich das Landgericht in Essen gefällt. Auf einer der Gelsenkirchener Jagdparzellen stöberte öfters ein Fuchs umher. Als dieser eines Tages dabei vom Jagdpächter erlappt wurde, legte er in ohne weiteres um. Der Besitzer des Hundes strengte darauf eine Entschädi-

„Mir sobald wie möglich einen Wirkungskreis suchen. Daheim kann ich nicht bleiben ohne Beschäftigung. Vielleicht daß ich gleich um eine Schulanstellung nachsuche. Ich muß Arbeit haben, damit ich über das alles noch einmal hinwegkomme!“

Wie Schreden und Schmerz fachte es ihn. Nein, das sollte sie nicht. Ihre wundervolle Schönheit würde dabei bald verblassen — und er würde sie bald aus den Augen verlieren, würde nie mehr von ihr hören. Er wollte wenigstens stets wissen, wo sie war.

„Fräulein Lore, ich würde wohl eine Stellung für Sie, wenn sie vielleicht auch nicht ganz Ihren Wünschen entspricht — denn es ist dort wenig zu tun, da keine Kinder zu unterrichten sind. Die verwitwete Frau von Matthes sucht eine Gesellschafterin. Nach meiner Ansicht wäre der Aufenthalt in dem Hause dieser feinsinnigen und warmherzigen Dame jetzt nach den feilschen Erörterungen wie geschaffen für Sie, Sie haben wohl etwas Ruhe nötig.“

Sie war überrascht, und da sie nicht gleich antwortete, fuhr er fort:

„Wenn ich Ihnen da behilflich sein dürfte? Oder lehnen Sie das auch ab?“

„Nein, Herr Graf! Im Gegenteil. Mit Dank würde ich da Ihre Fürsprache annehmen. Es fragt sich nur, ob Frau von Matthes mich wählen würde.“

„Wenn ich nicht kürzlich selbst aus ihrem eigenen Mund gehört hätte, wie groß ihre Sympathie für Sie, Fräulein Lore, ist, würde ich kein Wort gesagt haben.“ entgegnete er ruhig. „Ich werde sofort telegraphieren, und noch heute abend erhalten wir den Bescheid.“

„Wollen Sie sich für mich bemühen, Herr Graf?“ fragte sie erröthend.

„Für mich ist das keine Mühe, im Gegenteil — wenn Ihnen mein Vorschlag sympathisch ist, soll mich das freuen.“

„Ich danke Ihnen, Herr Graf! Der Gedanke, vielleicht wochenlang zu Hause sein zu müssen, quälte mich schon — gerade jetzt. Ich käme nur wieder ins Gräbeln.“ Tränen glänzten in ihren Augen.

„Aber, Kind — Sie dürfen nicht so nervös sein!“

Fortsetzung folgt.

Zuli d. 3. haben im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Besprechungen stattgefunden, infolge derer eine wesentliche Ermäßigung des für die preussische Provinz, die bayerische Pfalz und Rheinprovinz ursprünglich festgesetzten Umlagebetrags festgesetzt wurde.

Russlands Beteiligung an der Königsberger Messe.
DA Königsberg. Nachdem das russische Volkswirtschaftsministerium für Außenhandel sein Einverständnis zur Beteiligung russischer Organisationen an der kommenden fünften Deutschen Ostmesse Königsberg, die vom 13.-18. August stattfindet, erklärt hat, wird sich eine große Menge staatlicher und privater Organisationen an der Königsberger Ausstellung beteiligen.

Um die russischen Petroleumfelder.
Paris. Der Präsident der Standard Oil Company, Alfred P. Wadsworth, sowie mehrere Direktoren der Unternehmen trafen in Paris ein, um hier mit den Direktoren anderer Petroleumunternehmen zu konferieren. Es verlautet, daß ein Einverständnis unter den Petroleuminteressenten getroffen werden soll, wonach sie das Besitzrecht an den russischen Petroleumfeldern, soweit es diese Gesellschaften vor dem Kriege in Rußland erworben hatten, sich gegenseitig garantieren wollen.

Interessenspolitik französischer Industrieller.
Paris. „Journée Industrielle“ teilt mit, daß die im beratenden Ausschuss für die deutschen Sachlieferungen vertretenen Industrieverbände beim Minister für die besetzten Gebiete gegen die von der Regierung beabsichtigte Regelung des Sachlieferungsverfahrens offiziell Protest erhoben haben. Es handelt sich dabei um die Zoll- und Organisationsfrage.

Russische Noten in Rumänien.
Moskau. Das russische Volkswirtschaftsministerium für Auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht in der Presse zwei Noten an Rumänien. Die erste fordert kategorisch Einstellung der Unterstützung antisowjetischer Militärorganisationen, ihre Entlassung und Auflösung, ebenso der sogenannten diplomatischen Missionen und das Aufheben systematischer Gebietsverletzungen durch rumänische Grenztruppen. Die zweite Note erwartet, daß die rumänische Regierung die Pressenotizen über die Mitführung von Propagandamaterial durch das ukrainische Militärflugzeug, das in Rumänien notlandete, dementiert und beide Flügel in die Ukraine zurücksendet.

Magdeburg. (Lohnunterschiede in Provinz Sachsen und Anhalt.) Die Arbeitgeber im mitteldeutschen Bausektor haben den vom Bezirksverband Sachsen-Anhalt gefällten Schiedsspruch auf Erhöhung des Stundenlohnes um 7 Mark auf 35 Mark abgelehnt. Der Bauarbeiterverband hat daraufhin beschlossen, in allen Städten der Provinz Sachsen und in Anhalt die Arbeit einzustellen. Die Landarbeiter im Freistaat Anhalt streiken ebenfalls. Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Landwirtschaftliches.

Zum Gesetz über die Getreideumlage

Übergeht der Reichs-Landbund der Presse folgende Erklärung:
Die Getreideumlage ist Gesetz geworden! Gesetz geworden gegen den ausdrücklichen Widerspruch der deutschen Landwirte, der durch die Spitzenorganisationen der freien Berufsvereinigungen und die öffentlich-rechtlichen Vertretungen der Landwirtschaft und deren Unterverbände sowie durch zahlreiche Proteste aus den Reihen des deutschen Landvolkes der Regierung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Regierung und die Mehrheit des Reichstages haben geglaubt, diese einmütigen Proteste unbeachtet lassen zu sollen, während an den gleichen Stellen selbst den leiseren Wünschen und Winken, z. B. der Gewerkschaften, Folge geleistet zu werden pflegt. Auf die Unmöglichkeit der Durchführung der Getreideumlage ist vom Reichs-Landbund in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Parlamenten sowie in Eingaben an die Regierung, so häufig hingewiesen worden, daß wir hier auf Wiederholungen verzichten können. Wir beschränken uns darauf, festzustellen, daß nach unserer Überzeugung die Durchführung des Umlagegesetzes von schwerwiegenden Folgen begleitet sein wird, Folgen, für die nicht die Landwirtschaft, sondern allein die Regierung verantwortlich gemacht werden muß.
Reichs-Landbund.

Ungeheure Belastung durch die Getreideumlage.

Zu den Kreisen, die im ablaufenden Wirtschaftsjahre durch die Getreideumlage besonders schwer belastet sind, gehört ohne Zweifel der Kommunalverband Uelzen. Nach genauen Feststellungen, die dort gemacht wurden, ist eine Anzahl von Landwirten, und zwar vierzehn, in den verschiedenen Orten belastet worden mit einem Umlagebetrage, der für den am geringsten Belasteten nicht weniger

als 8,14 Zentner auf den Morgen beträgt, während der am stärksten Belastete 11 Zentner auf den Morgen zu tragen hat; die Durchschnittsbelastung aller dieser 14 Landwirte beträgt 9,3 Zentner. Der Reichs-Landbund hatte diese ungeheure Belastung dem Preussischen Staatskommissar für Volksernährung gemeldet, mit der Bitte, doch eine Erleichterung eintreten zu lassen.

Und was antwortet darauf der Staatskommissar? Man lese und staune!
„Auf das gest. Schreiben vom 13. April d. 3. betr. das Getreideumlagegesetz des Kommunalverbandes Uelzen erwidere ich nach Prüfung ergeben, daß die dort erwähnte Berechnung, wonach der am geringsten belastete Landwirt ein Lieferposten von 8,14 Zentner je Morgen zu erfüllen hätte, nach dem Ergebnis der Nachprüfung insofern unzutreffend ist, als der Berechnung nicht die gesamte Getreideanbaufläche, sondern nur die Erntefläche für Weizen und Roggen zugrunde gelegt war. Unter Zugrundelegung der gesamten Getreideanbaufläche würde die Höchstbelastung 6 Zentner je Morgen betragen.“

Die Tatsache, daß der am geringsten belastete Landwirt 8,14 Zentner auf den Morgen zu tragen hat, wird an sich nicht bestritten, anscheinend als Entschuldigung wird aber darauf hingewiesen, daß diese Menge sich ja beziehe auf die Erntefläche des Weizen- und Roggen, daß aber unter Zugrundelegung der Gesamtanbaufläche die Höchstbelastung 6 Zentner betrage! Das scheint der Staatskommissar für eine besonders niedrige Belastung zu halten! Die Belastung der Weizen- und Roggenanbaufläche mit 8,14 Zentnern auf den Morgen belasteten wird also zugegeben. Ja, was denkt man denn eigentlich, was unter solchen Verhältnissen der Landwirt nach Abzug des für die eigene Wirtschaft notwendigen Getreides noch im freien Markt verkaufen soll, um sich für das unter den Produktionskosten zu liegende Umlagegetreide nur einigermaßen schadlos zu halten?

Zur Steuer der Wahrheit!

Die sogenannte „Fleischerpresse“ hatte bekanntlich in den letzten Monaten mehrfach Kalkulationen über den Verdienst im Schlächtergewerbe veröffentlicht und hatte demgegenüber Kalkulationen über die Gesehungslosten für Rinder und Kälber aufgestellt, bei denen sie sich auf den Zuchtdirektor der Landwirtschaftskammer Provinz Sachsen, Herrn M o m m s e n, berief. Die Presse der Linken ist mit diesen Berechnungen mit der bekannten „Vorliebe“ für die Landwirtschaft treiben gegangen. Die Ausführungen waren meist so gehalten, daß man annehmen mußte, daß der Zuchtdirektor Mommsen für die Landwirtschaft erhebliche Gewinne bei der Viehzucht ausgerechnet hatte. Auf Bitte um Überlassung der hier in Rede stehenden Berechnungen hat der Reichs-Landbund von der Landwirtschaftskammer Sachsen den folgenden Bescheid erhalten:

„Zum Schreiben vom 27. 6. 22 erwidern wir, daß Sie sich wahrscheinlich in einem Irrtum befinden, da Herr Zuchtdirektor Mommsen selbst eine Berechnung der Gesehungslosten für Kälber und Rinder, im Anfang Mai von ihm verfaßt, nicht bekannt ist. Ihr Ersuchen könnte sich wohl auf einen Artikel des „Völkischen Beobachters“ vom 22. 6. d. 3. gründen, worin gesagt ist, daß die Fachpresse der Fleischer Anfang Mai an Hand der von Herrn Zuchtdirektor Mommsen ausgearbeiteten Methode eine Kalkulation der Gesehungslosten für Rinder und Kälber aufgestellt hat. Diese Methode ist aber bereits in der Vorkriegszeit von Herrn Zuchtdirektor Mommsen ausgearbeitet worden. Wir bedauern deshalb, Ihrem Wunsch nicht Folge leisten zu können.“

Somit steht die Sache doch recht erheblich anders aus! Es ist also dem Herrn Zuchtdirektor Mommsen nicht eingefallen, jetzt irgendwelche Berechnungen über Gewinne in der Viehzucht aufzustellen. Seine diesbezüglichen Arbeiten liegen also bis in die Vorkriegszeit zurück und sind, selbst wenn man sie objektiv und sachverständig behandelt, auf die heutigen Verhältnisse absolut nicht mehr anwendbar! Das wird natürlich die landwirtschaftsfeindliche Presse nicht abhalten, diese Angelegenheit weiter in der von ihr beliebigen Art auszusplacarten.

Liquidation deutscher Vermögen in Polen.

In zahlreichen Fällen sind Reichsangehörige in Ostland, Ostpreußen und Polen durch die auf Grund des Versailler Friedensvertrages erfolgte Einbeziehung und Liquidation von Vermögenswerten in schwere Not geraten. Die Lage der Deutschen ist dadurch insbesondere

in den früher preussischen Teilen Polens überaus schwer geworden. Polen hat auf alles, selbst auf die kleinsten Objekte, seine Hand gelegt und den Berechtigten auch die Verfügung und Nutzung darüber entzogen. Mit der Durchführung der Liquidation hat Polen im größten Umfang begonnen.

In Gemeinschaft mit dem Schutzverband für deutsches Vermögen in Polen, Berlin W., Friedrichstraße 79 hat aus diesem Grunde der Reichs-Landbund an das Reichsministerium für Wiederaufbau den Antrag gerichtet, für die Einbeziehung der enteigneten Reichsangehörigen in Polen die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen. Der Reichsminister für Wiederaufbau erwiderte auf die Eingabe, daß in die Frage der gesetzlichen Regelung einer Einbeziehungspflicht des Reiches für Einbeziehung und Liquidation in den abgetretenen Gebieten erst werden eingetreten werden können, wenn die in den nächsten Monaten zu erwartenden Verhandlungen des Reiches mit Polen über die aus der Liquidation deutschen Eigentums sich ergebenden Fragen ihren Abschluß gefunden haben. Um die dringende Not von den Deutschen abzuwenden, hat jedoch der Reichsminister für Wiederaufbau unter dem 19. Mai 1922 Richtlinien für die Gewährung von Darlehen auf Schäden durch Einbeziehung und Liquidation in den abgetretenen Gebieten des Reiches erlassen. Es kann den Geschädigten nur anheingegen werden, hierdurch Gebrauch zu machen. Für die abgetretenen Teile Ostpreußens sind besondere Bestimmungen in Vorbereitung.

Wett- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

(„Brief“ = angeboten, „Geld“ = gesucht.)

Börsenplätze	26. 7.		25. 7.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland 100 Gulb.	19950,00	20000,00	19525,55	19574,45	170 W.
Dänemar! 100 Kron.	11076,89	11103,90	10761,50	10784,50	112
Schweden 100 Kron.	13383,25	13413,75	13008,70	13041,30	112
Norwegen 100 Kron.	8879,10	8700,90	8414,45	8435,55	112
Schweiz 100 Franc	9742,80	9767,20	—	—	72
Amerika 1 Dollar	513,35	514,65	499,37	500,63	4,40
England 1 Pf.	2292,10	2297,90	2232,22	2277,80	20,20
Frankreich 100 Franc	4269,63	4280,35	4229,30	4272,80	80
Belgien 100 Franc	4744,90	4055,10	3885,00	3895,00	80
Italien 100 Lire	2352,35	2357,65	2322,95	2374,05	80
D. Österr. 100 Kron.	1,43	1,47	1,45 1/2	1,49 1/2	85
Ungarn 100 Kron.	33,70	33,80	32,75	32,85	85
Tschechien 100 Kron.	1193,50	1196,50	1187,55	1140,45	

Berlin, 26. Juli. Völkermar an der heutigen Börse 8.20 W.

* Berliner Produktenbörse vom 26. Juli. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 1200-1215. Fein Roggen, märkischer 865-875. Fein Sommergerste 1050-1077, Wintergerste 1000-1025. Fein Hafer, märkischer 1030-1065, medlenburger 1025-1050. Fein Mais ohne Provenienzangabe prompt 880-885 ab Hamburg. Ifo Berlin 920-930. Fein Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin 2950-3200. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Befestigt. Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin 2100-2275. Befestigt. Weizenkleie frei Berlin 710-720. Steigend. Roggenkleie frei Berlin 720 bis 725. Steigend. Raps 2100-2200 Mark. Fein Leinsaat 2100-2200. Fein Erbsen, Victoria 1450-1525, fl. Speiseerbsen 1150-1250. Futtererbsen 1025-1050, Pelusiden 1025 bis 1050, Ackerbohnen 1025-1050, Widen 900-1100, Lupinen, blaue 700-750, do. gelbe 950-1100, Rapsstuden 750-780, Seinstuden 1100-1175, Erbsenstuden 660-680, vollwertige Zuckerschmelze 700-780, Zorimelasse 30-70 460-480 W. Rauh-futter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise per 50 Kilogramm ab Station: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 205-235, desgl. Haferstroh 205-235, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 198-220, gebündeltes Roggenlangstroh 205-235, loses und gebündeltes Drummstroh 170-190, Stroh 270-285, handelsüb. Heu 410-450, gutes Heu 480-520 W.

Weiter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

30. Juli. Wolken, Sonne, strichweis Gewitter, Regen, kühl, windig.
31. Juli. Sonne, Wolken, warm.
1. August. Sonne, teils Wolken, warm.
2. August. Vielfach heiter, teils Wolken, warm, strichweis Gewitter.
3. August. Wolken, vielfach Regen, Gewitter, warm.
4. August. Veränderlich, warm.
5. August. Wenig verändert.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Turn-Verein
Deddinghausen.
Samstag, den 29. Juli,
abends 8 Uhr,
Generalversammlung
im Vereinslokal.
Tagesordnung:
1. Aufnahme.
2. Festbericht.
3. Kassenbericht.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Betten
Bettfedern
Bettbarchent
alles einzeln oder komplett, billig zu haben im
Bettengeschäft Voß,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.

Statt Karten!
Paul Pohlmann
Helene Pohlmann
geb. Geisfel
Vermählte
Oberbrügge, den 28. Juli 1922.

Amt Halver.
Fleisch- und Trichinenschaugebühren.
Ich mache darauf aufmerksam, daß Fleisch- und Trichinenschauer den Tierbesitzern für jede Zahlung Quittung zu erteilen haben.

Westfalenkalender
1923
vorrätig
Buchhandlung
Wilh. Bell jr.,
Halver.

3-4 ältere
Arbeiter
sowie 1-2
jugendl. Arbeiter
erhalten dauernde Beschäftigung bei sofortigem Eintritt oder in 14 Tagen.
Adolf Samel,
Oberbrügge.

Öffentliche Versammlung
für Land- u. Gartenpächter
am Sonntag, den 30. Juli 1922,
nachmittags 3 Uhr
in Lüdenscheid im Saale der Erholung.
Thema:
„Welchen Einfluß haben die neuen Gesetze auf die Pachtverhältnisse?“
Redner: Landmesser u. Kulturingenieur
Lubke, Münster i. W.
Westfäl. Pächter- u. Siedlerbund.

Maschinenbauer u.
Hilfsarbeiter
gegen guten Lohn sofort gesucht.
Teilenfabrik G. Mundorf & Co.,
Bergerhof.

Anzüge
Hosen
Schlupfer
erhalten Sie bei uns auf
Kredit
und bequemer
Abzahlung.
Reichhaltiges Lager
Reelle Bedienung.
Bekleidungs-Haus
„Westfalla“,
HAGEN I. W.,
Elbersrufer 10, Ecke Haldenstr.

Mehrere tüchtige
Gabelreker
gegen hohen
Affordlohn gesucht
Gustav Meisenhöller,
Schalksmühle.

Jüngere
Arbeiter
bei hohem Lohn u. dauernder Beschäftigung gesucht.
Erich Wippermann,
Halver,
elektrotechn. Fabrik.

Arbeiter
für mein Stabeisen-Lager
gesucht.
J. D. vom Brocke,
Halver.